

Vergleich von alternativen Ansätzen für den Ausstieg aus der Wachstumsgesellschaft

Inhaltsverzeichnis

Übersicht Alternative Ansätze.....	1
Ausgewählte Handlungsfelder oder Kriterien.....	3
Messung des Wohlstands.....	3
Tragbarer ökologischer Fußabdruck.....	5
Abkehr vom Konsumismus und allgegenwärtiger Kommerzialisierung.....	7
Schutz öffentlicher Güter und öffentlicher Infrastrukturen.....	9
Entwicklung neuer Arbeits- und Lebensmodelle.....	10
Domestizierung des Strebens nach Mehr (Suffizienz).....	12
Soziale Gerechtigkeit.....	14
Förderung sozial-ökologischer Innovationen.....	16
Regionalisierung von Wirtschaftsprozessen.....	18
Reform des Geldwesens.....	20
Aussagen zum Wachstumszwang.....	22
Neuausrichtung der Unternehmen.....	24
Verhältnis zu Privateigentum.....	25
Verhältnis zum Kapitalismus.....	26

Übersicht Alternative Ansätze

Alle Ansätze bezeichnen den Raubbau an der Natur, die drohende Klimakatastrophe und die Endlichkeit fossiler Energieträger als Ursachen für ihre Wachstumskritik.
Nicht alle zählen auch die sozialen Ungleichheiten dazu.

SPWÖ : Solidarische Postwachstumsökonomie (Mathias Schmelzer, Alexis Passadakis)
Buch: „Postwachstum- Krise, ökologische Grenzen und soziale Rechte“ VSA 2011

PWÖ : Postwachstumsökonomie (Niko Paech)
http://www.postwachstumsoekonomie.org/html/paech_grundzuge_einer_postwach.html

GWÖ : Gemeinwohl-Ökonomie (Christian Felber)
Buch: „Gemeinwohl-Ökonomie“ Verlag Deuticke Wien 2010
FACTSHEETS Beschreibung der 18 Gemeinwohlkriterien sowie K.O.-Kriterien der Gemeinwohlbilanz
Stand: 30. 6. 2011

VOWI : Vorsorgendes Wirtschaften (Adelheid Biesecker)
Netzwerk Vorsorgendes Wirtschaften <http://www.vorsorgendeswirtschaften.de/>
Buch: „Vorsorgendes Wirtschaften - Auf dem Weg zu einer Ökonomie des Guten Lebens“
Herausgegeben von Biesecker, Adelheid u.a. Kleine Verlag 2000

DCR : Decroissance (Serge Latouche)

PMÄ : Politik der Mäßigung (Reinhard Loske)

Buch: „Abschied vom Wachstumszwang – Konturen einer Politik der Mäßigung“
Basilisken-Presse 2.Aufl. 2011

GND : Green New Deal. Keine einheitliche Theorie, vielmehr Ansammlung verschiedener Vertreter von qualitativem, nämlich innovations-effizienzbasierendem ökologisch-sozialem Wachstum als Krisenproblemlösung. Bekannte Vertreter sind v. a. die GRÜNEN und Ernst-Ulrich von Weizsäcker sowie die UNEP.

FRTH: Freigeldtheorie / Fairconomy

<http://www.praxisphilosophie.de/attacwwo.pdf>

<http://www.inwo.de>

WOW: Wohlstand ohne Wachstum (Tim Jackson)

Buch: „Wohlstand ohne Wachstum. Leben und Wirtschaften in einer endlichen Welt.“ Hrsg.
Heinrich-Böllstiftung. Oekom Verlag 2011 (1.Aufl.)

EXIT : EXIT - Wohlstand ohne Wachstum (Meinhard Miegel)

Buch: „EXIT – Wohlstand ohne Wachstum“

ÖSOZ : Ökosozialismus (Saral Sakar)

<http://www.oekosozialismus.net/broschuere.pdf>

Buch: Saral Sakar „Die nachhaltige Gesellschaft – Eine kritische Analyse der Systemalternativen“
Rotpunktverlag 2000

Ausgewählte Handlungsfelder oder Kriterien

Diese Kriterien sind nach Vorschlägen von Loske, Latouche und Anregungen aus der AG ausgewählt. Sie sind nicht endgültig und Vorschläge zur Ergänzung, Reduzierung oder Definition sind möglich.

Es ist klar, dass sich die einzelnen Kriterien überschneiden, weil bei bestimmten Konstellationen des einen Handlungsfeldes ein anderes überflüssig wird oder anders zu gestalten wäre.

Messung des Wohlstands

Wird auf die Messung eines anderen Indikators als dem BIP verwiesen und wenn ja, welcher Art ist dieser Indikator.

Siehe auch http://ebk.global-fatal.de/uploads/Material/Definition/Uebersicht_BIP.pdf

SPWÖ : BIP ist ein für die Lebensqualität, Gleichheit und Gerechtigkeit weitgehend unbedeutender Indikator.

PWÖ : Keine konkrete Maßzahl. Die Frage wird gestellt, wie viel wir überhaupt brauchen. Die Glücksforschung hat zweifelsfrei festgestellt, dass Menschen ab einem gewissen Einkommen mit zunehmendem materiellem Wohlstand nicht mehr zufriedener werden. Dieses Einkommen liegt unter den Durchschnittsverdiensten von Deutschland oder Österreich. Innerhalb eines Systems mag es daher vereinzelt Wachstum geben, das Gesamtsystem darf aber nicht mehr zunehmen.

GWÖ : Vorschlag des Gemeinwohls auf Makroebene durch einen Konvent, der durch direktdemokratische Wahl bestimmt wird. Der sich dafür mit allen Bevölkerungssgruppen intensiv austauscht. Entscheidung über das Ergebnis durch Volksabstimmung. Bei Annahme Verankerung des Ergebnisses in der Verfassung. Änderungsmöglichkeit nur durch den Souverän, d.h. Über Volksinitiative und Volksabstimmung.

VOWi: Prinzipielle Absage an die Art und Weise, wie derzeitige Ökonomie rechnet: Es werden die sog. reproduktiven Wirtschaftsbereiche, nämlich Bereitstellung von Ressourcen und Schadstoffaufnahme durch die Natur sowie pflegende und reproduzierende Arbeiten (überwiegend durch weibliche Tätigen) gar nicht bewertet; und ohne Wert fließen sie nicht in die Rechnung der Gesamtökonomie ein. Diese nicht-bewertete Reproduktion stellt aber die notwendige Grundlage allen Wirtschaftens dar. VoWi fordert daher eine völlig neue Berechnung von gesellschaftlichem Wohlstand, denn "die Preise müssten die ökologische und soziale Wahrheit sagen". Favorisiert wird eine umfassende Messung der tatsächlichen (Re)Produktivität sowie der weichen Wohlfahrtsfaktoren, wie sie der G(eniune) P(rogress) I(ndicator) erfülle.

(Konkrete Parameter liefern die Aufsätze von A. Biesecker nicht.)

DCR : *keine Aussage*

PMÄ : Parlamente müssen einen geeigneten Wohlstandsindikator definieren (Vorbilder sind HDI, GNH, NWI)

GND : Kritik am BIP als Indikator. Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ soll Stellenwert von Wachstum in Wirtschaft und Gesellschaft untersuchen und Alternativen für einen umfassenden Wohlstandsindikator entwickeln.

WiWa soll nicht mehr als Maßstab für Wohlstand definiert werden (Kempf).

Der herkömmliche Begriff des BIP-Wachstums soll sich in Richtung auf ein Konzept von

systemkonformer, aber umfassender Innovations- bzw. Investitionstätigkeit hin zu einem "grünen" Kapitalstock verschieben (Ott, Konrad).

FRTH : Verweis auf unterschiedliche Verteilung des BIP auf Kapital- und Arbeitnehmereinkommen

WOW : In einer begrenzten Welt sind bestimmte Freiheiten entweder unmöglich – oder sie sind unmoralisch. Dazu gehören z.B. die Freiheit unbegrenzt materielle Güter anzuhäufen; die Freiheit durch Konsumgüter sein soziales Ansehen zu steigern und dazu Kinderarbeit in der Wertschöpfungskette in Kauf zu nehmen; die Freiheit ...; oder die Freiheit am gesellschaftlichen Leben in einer Form teilzunehmen, die auf Kosten kommender Generationen geht. Die ist die wichtigste Lektion: diese Grenzen mitzudenken beim Versuch ein Wohlstandskonzept zu entwickeln. Diese Grenzen ergeben sich aus zwei entscheidenden Faktoren: die Endlichkeit der ökologischen Ressourcen und die Größe der Weltbevölkerung. Eine Liste, was den Menschen in diesem Sinne grundsätzlich zusteht ist politisch zu verhandeln. Vorschläge, eine nationale Wohlfahrtsgesamtrechnung einzuführen, beruhen auf der Logik, das zu messen worauf es ankommt.

EXIT : Der Wohlstand der bisher auf Wirtschaftswachstum gegründet war, wird künftig in höherem Maße immateriell sein. Wohlstand hieße nicht, viel zu haben, sondern wenig zu benötigen (S. 171). Der „mündige Bürger“ müsse entscheiden, wofür er Kraft, Zeit und Leben einsetzt, was ihm persönlich wichtig ist, wie viel ihm dieser oder jener materielle Besitz oder soziale Status wert ist, und nicht zuletzt, welche Schäden an Natur, Umwelt, Mensch und Gesellschaft er bereit ist, für den materiellen Wohlstand in Kauf zu nehmen er bereit ist.

ÖSOZ : Wirtschaftliche Ungleichheit muss auf ein erträgliches Maß reduziert werden. *Keine Maßzahl*

Tragbarer ökologischer Fußabdruck

Unter dem Ökologischen Fußabdruck wird die Fläche auf der Erde verstanden, die notwendig ist, um den Lebensstil und Lebensstandard eines Menschen (unter Fortführung heutiger Produktionsbedingungen) dauerhaft zu ermöglichen. Das schließt Flächen ein, die zur Produktion seiner Kleidung und Nahrung oder zur Bereitstellung von Energie, aber z. B. auch zum Abbau des von ihm erzeugten Mülls oder zum Binden des durch seine Aktivitäten freigesetzten Kohlendioxids benötigt werden.

Im weiteren Sinne werden unter diesem Begriff auch andere Meßgrößen für die Umweltbelastung verstanden.

Es muss unterschieden werden, ob es sich die Meßzahl auf ein Individuum, eine Gemeinschaft (Region, Nation, Industriestaaten) oder auf die Welt bezieht.

SPWÖ : Wirtschaften innerhalb der ökologischen Grenzen bedeutet, dass die Ökonomien der reichen Länder ihren Umweltverbrauch stark reduzieren, z.B. die CO₂-Emissionen bis 2050 um mindestens 95% reduzieren.

PWÖ : 2,7 t CO₂ Jahr und Person weltweit

GWÖ: Ökologische Nachhaltigkeit in der Verfassung und in der Gemeinwohl-Matrix definiert

VOWI: Das bisherige ökonomische System basiere auf Zerstörung sozialer und ökologischer Lebensprozesse. Das Gegenteil ist notwendig, um "zukunftsfähig" zu sein, nämlich wirtschaftliches Handeln, das "haushaltet", indem es nicht allein den Bedürfnissen der heute lebenden Menschen, sondern zugleich denen zukünftiger Generationen und den Regenerationsprozessen der Natur Rechnung trägt.

(Konkrete Zahlen liefern die Aufsätze von A. Biesecker nicht.)

DCR : Zurückführung des ökologischen Fußabdrucks der Menschheit auf Tragbarkeit durch einen Planeten oder noch geringer, was der materiellen Produktion der Jahre 1960 -1970 entspricht. Wie? Massive Verringerung des Verbrauchs bei Transport, Energie, Verpackung, Werbung. Eine Rückkehr zum Lokalen und die Vermeidung von Verschwendung helfen. Der für die Reproduktion der Menschheit erforderliche "bio-produktive" Teil der Erde beträgt ca. 12 Mrd. Hektar, geteilt durch die aktuelle Weltbevölkerung kommt man auf ca. 1,8 ha pro Person. Berücksichtigt man Material - und Energiebedarf, den für den Abfall von Konsum und Produktion benötigten Raum, die Auswirkungen von Wohnen und Infrastruktur, kommt man aber schon auf einen ökologischen Fußabdruck von ca. 2,2 ha pro Person (L, S. 42 ff).

PMÄ : CO₂-Ausstoß bis 2050 weltweit um 2/3 reduzieren, in den Industrieländern um 9/10.

GND : CO₂-Begrenzung gemäß Kyoto-Protokoll; sogenannte «grüne Jobs» helfen mit, den CO₂-Fußabdruck und andere Umweltfolgen zu reduzieren; Umweltfolgen als Bestandteil der Preisermittlung; Integrierte Bilanzierung (Schöne); Emissionshandel teilweise vertreten.

FRTH: Keine direkte Aussage, aber Schädlichkeit des Wachstums für das Klima wird festgestellt.

WOW: Klare Obergrenzen für Ressourcen und Emissionen sowie Reduktionsziele erarbeiten

EXIT : Wenn Wachstum erforderlich ist, bedarf es, ehe es in Gang gesetzt wird, einer Unbedenklichkeitsprüfung (S. 242).

ÖSOZ : Nicht nur die Wirtschaften der Welt, sondern auch die Gesellschaften müssen nachhaltig

werden, d.h. Sie müssen Krieg, Bürgerkrieg, soziale Konflikte, Chaos, Korruption, Kriminalität abschaffen.

Abkehr vom Konsumismus und allgegenwärtiger Kommerzialisierung

Hierher gehören die Forderungen nach individueller Einschränkung des Konsums aber auch nach staatlicher Regulierung wie Werbeverbote, freier Eintritt für öffentliche Institutionen wie ÖPNV, Schwimmbäder u.ä.

SPWÖ : Es geht darum nicht mehr auf wachstums- und konsum-orientierte Handlungsmuster angewiesen zu sein und aus globalen Konsumstrukturen auszuweichen

PWÖ : So viel Eigenversorgung (Subsistenz) wie möglich - Werbeverbot

GWÖ : In Gemeinwohl-Matrix definierbar

VOWI : Es gilt, den Selbstzweck des Geldvermehrens abzustellen und stattdessen das Geld zu einem Mittel umzukehren, dass nachhaltiges Leben erlaubt: "Geld als Lebensmittel". Folglich sind Lebensformen politisch zu ermöglichen und praktisch auszuprobieren, die weniger Zeit in Arbeits(kraft)verwertung (Geldvermehrung, Konsum) und mehr in Muße und Vorsorge (für sich, andere und die Mitwelt) einsetzen.

Lebensformen ohne Konsumzwang müssen politisch ermöglicht und ausprobiert werden

DCR : Die auf endloses Wachstum ausgerichtete Gesellschaft ist auf entsprechendes endloses Konsumieren ausgerichtet und versucht die Menschen entsprechend zu konditionieren. Damit dieses auch erfolgt, bedarf es 1. der Werbung, 2. des Kredits (für Konsum und Investitionen), 3. der Obsoleszenz. In diesem Zusammenhang spricht L von einem bulimistischen Konsumismus, von Drogenabhängigkeit. Die natürlichen Grenzen der Ressourcen des Planeten zwingen uns, weniger zu verbrauchen. Eine Décroissance-Gesellschaft bedeutet jedoch nicht Rückschritt. Sie will das Gegenteil von dem, was Leitmotive der neoliberalen Wachstumswirtschaft sind: Effizienz, Leistung, Exzellenz, Kurzzeitrentabilität, Kostenreduzierung, Flexibilität, Gewinn, etc., und was zur Zerstörung des gesellschaftlichen Zusammengangs führt.

Sie "produziert" mehr Lebensfreude, eine gesunde Ernährung, mehr Muße, mehr Geselligkeit. Muss rationiert werden? Wenn ja, muss dies demokratisch entschieden werden.

PMÄ : Börsenberichte, Konsum-Werbung reduzieren. Obwohl in Deutschland weniger als zehn Prozent der Bürger Aktien besitzen, wird der Börsenberichterstattung im öffentlich-rechtlichen Fernsehen breiter Raum gegeben.

GND : „Ökologen sind keine Verzichtsapostel“ (zit.:?). Keine Abkehr, vielmehr wachstumsfördernder Konsum gewollt, jedoch grün („nachhaltig“) und fair.

FRTH : *keine Aussage*

WOW : Kultur des Konsumismus abbauen. Öffentliche Räume frei von Werbung

EXIT : Wohlstand heißt nicht, viel zu haben, sondern wenig zu benötigen (S. 172).

ÖSOZ : Die Menge, Sorten und Marken von Produkten, die den Konsumenten zur Verfügung stünden, wären stark begrenzt im Vergleich zu denen, die heute angeboten werden.

Schutz öffentlicher Güter und öffentlicher Infrastrukturen

Zurückfahren von Privatisierung von Einrichtungen der Daseinsvorsorge und Wiederentdeckung und Förderung der Gemeingüter (Ressourcen die gemeinschaftlich verwaltet und genutzt werden)

SPWÖ : Ausdehnung der Gemeingüter, auch in der Produktion, ist das Ziel. Der Anteil öffentlichen Eigentums durch eine demokratische Investitionskontrolle ist in der gesamten Ökonomie ist zu erhöhen, um den gesellschaftlichen Zugriff für einen Umbau zu erlangen. Das Verfahren des Bürgerhaushaltes wie im brasilianischen Porto Alegre wäre für den Umbau lokaler Infrastruktur notwendig.

PWÖ : Die Gemeinschaftsnutzung von Gütern ist ein zentrale Forderung

GWÖ : Essenzielle Wirtschaftszweige (wie z.B. Bahn, Universitäten, Kindergärten, Stadtwerke, Banken usw.) werden von der Bevölkerung kontrolliert

VOWI: Im Interesse nachfolgender Generationen und der natürlichen Mitwelt dürfen das Primat der Konkurrenzfähigkeit und des "Zu-Geld-Machens" nicht fortbestehen. Individuen wie Staaten sind aufgerufen, gemäß einer Fürsorgerationalität zu agieren; das impliziert indirekt den Erhalt der Güter der Daseinsfürsorge in öffentlicher, demokratisch legitimerter und wirkender Hand.

DCR : In einer ökologische Gesellschaft, die aus einem Netz von Ökoregionen besteht, deren einzelne wiederum aus vielen kleinen Kommunen besteht, werden die Gemeingüter (commons) zurückerobert.

PMÄ : Gemeinschaftsgüter wie Klima, Meere, Wälder, Parks müssen mit kollektiven Nutzungsregeln verwaltet werden. Bei öffentlichen Gütern wie Wasser, Strom, Wärme, Abfall sind die Infrastrukturen vor allem die Netze in die Hand des Staates zu legen.

GND : Umbau der öffentlichen Infrastruktur, massive Investitionen in Ausbau der Stromnetze und den öffentlichen Verkehr.

FRTH : Kein Eigentum an Grund und Boden. Ein Art Ökosteuer zur Finanzierung eines Naturressourcen-Grundeinkommen ist weltweit möglich und nötig. Es kann national wie international stufenweise eingeführt werden. Es hat günstige Wirkungen auf die weltweiten Verteilungskonflikte. Es befördert ressourcenschonendes Wachstum.

WOW: Die Balance zwischen Konsum und Investitionen, zwischen öffentlichem und privatem Sektor, die Rolle der verschiedenen Sektoren, die Art der Produktivitätsverbesserungen, die Bedingungen der Wirtschaftlichkeit - all dies muss wohl neu ausgehandelt werden.

EXIT : Über Konsumsteuern ist ein wesentlicher Teil der Mittel zu beschaffen, die die Gesellschaft für ihren Sozialaufwand benötigt (S. 204, MwSt in Skandinavien über 20%).

ÖSOZ : In einer sozialistischen Gesellschaft ist das Eigentum in gesellschaftlicher Hand.

Entwicklung neuer Arbeits- und Lebensmodelle

Reduzierung von Arbeitszeit, Förderung von menschlicher Arbeit zur Ressourcenschonung oder zur Energieeinsparung, Gleichstellung von Erwerbs-, Ehrenamts- und Reproduktionsarbeit.

SPWÖ : Ziele im Bereich Arbeit sind: Erwerbsarbeit sozial-ökologisch umschichten; Erwerbsarbeit fair auf alle Menschen verteilen; Gesamtarbeitsvolumen reduzieren; Einkommen angleichen. Eine post-fossilistische und daher in Teilen deindustrialisierte Ökonomie wird in einigen Sektoren wiederum mehr menschliche Arbeit notwendig machen. Gleichzeitig könnte eine solidarische Lebensweise viele Konsumgüter und deren Produktion unnötig machen.

PWÖ : Zeitgewinn durch Konsumreduzierung (Entrümpeln) einerseits und Schonung von Ressourcen durch Einsatz menschlicher Arbeit

GWÖ : Alle Menschen können sich pro Dekade ihres Arbeitslebens ein Jahr Auszeit nehmen, um sich anderweitig verwirklichen zu können. Im Freijahr erhalten alle den gesetzlichen Mindestlohn oder einen anderen demokratisch festgelegtes Einkommen.

VOWI : Alle Arbeit ist mit Wert zu versehen, die Bezahlung muss ausreichen, um das Gute Leben zu ermöglichen. Zur Ermöglichung von Eigen- und Fremdpflege (Muße, Care-Arbeit uä.) sind die Erwerbsarbeitszeiten für Männer und Frauen zu kürzen, Löhne zu erhöhen bzw. ein garantiertes Grundeinkommen einzuführen. Die Umverteilung von Mitteln und Lasten (Geschlechtergerechtigkeit, Arm-Reich-Ausgleich) ist Kernmaßnahme des VoWi.

DCR : Eine unerbittliche Reduzierung der vorgeschriebenen Arbeitszeit ist die Voraussetzung

- ✦ um aus dem Wachstumsmodell auszusteigen
- ✦ um allen einen befriedigenden Arbeitsplatz zuzusichern
- ✦ um die Reduzierung des Verbrauchs der Ressourcen um die erforderlichen zwei Drittel (bezogen auf Frankreich) zu verwirklichen
- ✦ um einen anderen konvivialen Lebensstil zu verwirklichen.

In der Décroissance-Gesellschaft haben folgende vier Faktoren Einfluss auf das Quantum der erforderlichen Arbeit:

- 1) ein Sinken der Produktivität aufgrund des Ausstiegs aus dem thermo-industriellen Gesellschaftsmodell, aus umweltverschmutzenden und energiefressenden Techniken
- 2) die Relokalisierung der gesellschaftlichen Aktivitäten und die Beendigung der Ausbeutung der Länder des Südens
- 3) Schaffung neuer (grüner) Arbeitsbereiche
- 4) ein Wandel im Lebensstil und der Wegfall unnötiger Bedürfnisse (bedeutende Reduzierungen in den Bereichen Werbung, Tourismus, Transporte, Automobilindustrie, Agrobusiness, Biotechnologien, etc.)

Die Punkte 1-3 führen zu einer Erhöhung des Arbeitsquantums, Punkt 4 zu dessen Reduzierung.

Die Befriedigung der für die Verwirklichung eines solidarischen Lebensstils (*art de vivre convivial*) für alle erforderlichen Bedürfnisse, ist auch bei einer drastischen Reduzierung der erforderlichen Arbeit gegeben. In einer ersten Zeit ist es außerdem möglich, dass auf makroökonomischer Ebene die Produktivität zunimmt (ökologische Ausrüstung).

Die Décroissance-Gesellschaft bedeutet nicht nur eine quantitative Reduktion der Arbeit, sondern auch deren qualitative Transformation: Muße und Spiel müssen neben der Arbeit wertgeschätzt werden, soziale Beziehungen sind mehr wert als die Herstellung und der Konsum von unnützen, oft schädlichen Wegwerfprodukten. Die Rückeroberung freier Zeit ist eine Voraussetzung dafür, um unsere Vorstellungswelt zu dekolonisieren.

In einer Übergangsphase ist es möglich, dass die Produktivitätsgewinne für eine Verkürzung der Arbeitszeit verwendet werden, bei vollem Lohnausgleich in den unteren Lohnbereichen und ohne die Höhe der Produktion zu verringern, (deren Inhalt allerdings transformiert wurde).

PMÄ : Ökologische Steuerreform: Abgaben von der Arbeit auf den Ressourcenverbrauch verlagern.
Arbeitszeitverkürzung: in einer ausdifferenzierten Arbeitswelt kann man nicht wie ehemals mit einer griffigen Zahl für alle operieren können.

GND : keine konkreten Angaben; grundsätzlich keine Systemabkehr, jedoch Appell an den „*Geist von Chancengleichheit, Fairness, Bürgerlichkeit und Selbstvertrauen*“.

FRTH : *keine Aussage*

WOW : Die Regulierung der Arbeitszeit ist wichtig. Einmal muss die verfügbare Arbeit aufgeteilt werden, um makroökonomische Stabilität und die Sicherung des Lebensunterhalts für alle zu erhalten zum anderen um das Gleichgewicht zwischen Leben und Arbeiten zu verbessern.

EXIT : Steigen die Preise für Rohstoffe und Energie, für Natur und Umwelt und wird zugleich menschliche Arbeitskraft preiswerter, werden immer größere Teile der industriellen Wertschöpfung von der rohstoff- und energieintensiven Neuproduktion in die arbeitsintensiveren Bereiche von Erneuerung und Reparatur wandern (S. 189). Auf dieser Wanderung werden sich nicht nur Produkte, sondern auch Sichtweisen der Menschen verändern. Es wird eine Entwicklung hin zu einer neuen Form von Arbeitsverhältnissen – keine Arbeitnehmergeellschaft mehr (S. 197). Den Wohlstand des 21. Jhd. Werden nicht länger Menschen- und Gütermengen bilden, sondern die Kulturen der Völker

ÖSOZ : Es gäbe kein Arbeitslosigkeitsproblem. Erstens würden arbeitsintensive Technologien bevorzugt, nicht nur um Arbeitsplätze zu schaffen, sondern auch weil solche Technologien Ressourcenverbrauch reduzieren. Zweitens gäbe es auch in einer Steady-State-Wirtschaft auf niedrigerem Niveau viel notwendige Arbeit zu tun, die gleichmäßig auf alle, die arbeiten können, verteilt würde.

Domestizierung des Strebens nach Mehr (Suffizienz)

Bemühen um einen möglichst geringen Rohstoff- und Energieverbrauch. Erreicht werden soll das durch eine geringe Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen, insbesondere nach solchen, die einen hohen Ressourcenverbrauch erfordern (ökologische Suffizienz lt. Wikipedia)

SPWÖ : Die Kontraktion der Wertschöpfung ist kein Ziel an sich. Aber angesichts der Schwierigkeiten der Entkopplungsstrategien, der Ungereimtheit und Unmöglichkeit unendlichen Wachstums sowie der Erkenntnis, dass Wachstum keine Bedingung, sondern ein Hindernis für die Verwirklichung eines guten Lebens für alle darstellt, ist die Schrumpfung der Ökonomie ein notwendiges Mittel.

PWÖ : Ist eine zentrale Forderung der Postwachstumsökonomie von Paech. Nach Erreichen eines bestimmten Niveaus bewirken Zunahmen des Einkommens bzw. Konsums keine weitere Steigerung des individuellen Wohlbefindens (Lebenszufriedenheit oder sog. „Glück“).

GWÖ : Indirekt in den Gemeinwohlkriterien der Nachhaltigkeit, der 'Kooperation statt Konkurrenz' und der Bevorzugung von 'Allmende statt Privateigentum' enthalten. Könnte auch in Bildungsstandards durch den Bildungskonvent definiert werden.

VOWI : Jenseits des Vorschlags einer neuen Ethik (drei Handlungsprinzipien) antwortet VoWi nicht auf die Frage, wie psychologische oder monetäre Ursachen des Strebens nach Mehr behoben werden können.

DCR : Die Gesellschaft muss aus dem Teufelskreis von unbegrenzter Produktion und Überkonsumption aussteigen und die Bedürfnisse entsprechend der von der Natur gesetzten Grenzen und der damit gegebenen Möglichkeiten neu definieren und dementsprechend die dafür erforderliche Produktion von Gütern und Diensten anpassen.

PMÄ : Energie-, Wasser-, Flächen-, Materialverbrauch verteuern. Von den Einnahmen Umweltinvestitionen tätigen. Eine politisches Programm des Kulturwandels und der Suffizienz braucht eine Vorstellung vom Sozialen, der der guten Gesellschaft, in der Menschen gemeinsam und aus der Einsicht heraus handeln, dass das „Immer Mehr, Immer Schneller, Immer Weiter so“ keine gute Grundlage für ein gedeihliches Zusammenleben der Individuen und der Völker ist.

GND : Keine Suffizienz im eigentlichen Sinne, lediglich Umstellung auf (allein) das „*Nachhaltige und Soziale*“. Große Effizienzgläubigkeit (Faktor Fünf: von Weizsäcker u. a.); Effizienz- und Innovationsrevolution als Wachstumsmotor. Vorsichtige Problematisierung des Rebound-Effektes.

FRTH : Überverbrauch von Gütern und damit von Stoffen und Energie ein Ende setzen. Dazu werden Institutionen gebraucht, die den Übergang gestalten können. Hier können Regionalwährungen eine wichtige Aufgabe übernehmen.

WOW : Das System ist angstgetrieben und letztlich pathologisch. Es mag sein, dass das unterbittliche Streben nach Neuem das Wohlbefinden untergräbt. Solange die Liquidität erhalten bleibt und der Konsum steigt, bleibt das System aber rentabel. Ist eines von beiden nicht mehr gegeben, bricht es zusammen. Diese Herausforderung zwingt uns dazu, eine ganz andere Wirtschaftsstruktur zu entwickeln. Wir müssen herausfinden, wo sich bei einer Veränderung der Gesellschaft ansetzen lässt – Änderungen im Wertesystem, im Lebensstil, in der gesellschaftlichen Struktur – damit wir uns aus der zerstörerischen gesellschaftlichen Logik des Konsumismus befreien können.

EXIT : Die Menschen müssen länger arbeiten bei stagnierendem oder sinkendem materiellen Wohlstand. Der „mündigen Verbraucher“ entscheidet, wofür er Kraft, Zeit und Leben einsetzt, was ihm persönlich wichtig ist, wie viel ihm dieser oder jener materielle Besitz oder soziale Status wert ist, und nicht zuletzt, welche Schäden an Natur, Umwelt, Mensch und Gesellschaft er bereit ist, für den materiellen Wohlstand in Kauf zu nehmen. Der „mündige Verbraucher“, der nicht das Auto mit den meisten kW, das Haus mit vielen Zimmern, die Markenhose, den Überfluss im Kühlschrank usw. benötigt.

ÖSOZ : Um Nachhaltigkeit zu erreichen, müssen die industriellen Wirtschaften schrumpfen, mit dem Ziel den Steady-State zu erreichen. Diese Schrumpfung erfordert die Akzeptanz eines niedrigeren Lebensstandards als des heutigen, was aber nicht ein niedrigeres Niveau des Glücksgefühls bedeuten muss.

Soziale Gerechtigkeit

Art der Umverteilung um die Spreizung von Einkommen und Vermögen zu verkleinern bzw. den Zugang zu Gütern für ein menschenwürdiges Leben zu gewähren

SPWÖ : Umverteilung der Einkommen und Vermögen – sowohl global als auch national – und die Sicherung und Transformation der Sozialsysteme sind Kern einer solidarischen Postwachstumsökonomie. Eine zentrale Bedingung ist der Ausbau eines umfassenden, solidarischen Sozialversicherungssystems (Arbeitslosen-, Renten-, Kranken- und Rentenversicherung etc.).

PWÖ : Die soziale Logik des Wachstumsimperativs, wonach Hunger, Armut oder Verteilungsungerechtigkeit durch ökonomische Expansion zu beseitigen sei, ist hochgradig ambivalent. Das Eintreten kontraproduktiver sozialer Effekte des wirtschaftlichen Wachstums ist nicht minder wahrscheinlich.

GWÖ : Begrenzung der Einkommensunterschiede und des Privateigentums. Arbeitslosigkeit wird als unwahrscheinlich betrachtet, da das Motiv der Einsparung von Arbeitskräften wegen des Profits keinen Sinn ergibt und überhöhter Arbeitsdruck in der Gemeinwohlbilanz sich negativ auswirken würde.

VOWi : Indem man die Perspektive der sozialen und natürlichen Grundlagen heutiger Ökonomie einnimmt, wird deutlich, dass Wohlstand und Wachstum mit Ausbeutung des "Reproduktiven" erkauft sind. VoWi ist per definitionem das Konzept für soziale (und ökologische) Gerechtigkeit. Es geht um das Gute Leben für alle Beteiligten und zwar gegenwärtig (intragenerational) und zukünftig (intergenerational). VoWi stimmt Wilkinson/Pickett zu, dass Gleichheit Glück sei. Gerechtigkeit sei durch Gleichheit zu erreichen, und Gleichheit bedeute heute: Umverteilung.

DCR : Siehe hier "Entwicklung neuer Arbeits- und Lebensmodelle"

PMÄ : Bei den Einkommen Bodenlosigkeit nach unten und Maßlosigkeit nach oben verhindern. Hohe Spitzensteuersätze für hohe Einkommen sind ein Fairnessgebot. Aber nicht nur das: Sie senden auch das klare Signal, dass die Gesellschaft jenseits eines bestimmten Einkommens Grenzen zieht.

GND : Soziales neben Nachhaltigkeit Kern der Stoßrichtung der (meisten) GND-Vertreter („*Chancengleichheit, Fairness sind Geist des GND*“). Mit mehr Geld Qualität für Kindergärten, Schulen und Hochschulen schaffen. Bildung ist Schlüssel für sozialen Aufstieg und gesellschaftliche Teilhabe und Chancengleichheit. MDG-Ziele (Millenniumsentwicklungsziele) sollen erreicht werden. Ökologischer Umbau schafft Millionen neue Jobs. Soziale Grundsicherung für alle. Übergänge vom Alten zum Neuen sollen sozial abgedeckt werden. Weitere Beispiele: Fairer Ausgleich zwischen Bewohnern und Besitzern saniert Häuser; Appelle an Konsumenten, fair gehandelte Produkte zu kaufen.

FRTH : Durch eine andere, ggf. negative Zinsgestaltung wird die Umverteilung von unten nach oben gestoppt, da ein Einkommen auf Grund von Geldvermögen eingeschränkt wird und nur noch aus Investitionskapital stammt.

WOW : Die Produktionsaktivitäten haben drei klare operative Grundsätze zu erfüllen: positiver Beitrag zum Gedeihen; angemessenen Lebensunterhalt bereitstellen; niedriger Material – und Energieverbrauch. Die Wirtschaft muss so organisiert sein, dass sie Hand in Hand mit der

Gemeinschaft und für das langfristige Gemeinwohl arbeitet. Die systembedingte Ungleichheit beim Einkommen muss bekämpft werden.

EXIT : Die Bürger werden zukünftig nicht mehr die gewohnten Sozialleistungen erhalten, da nicht länger aus dem Wachstum bezahlbar.

Das Vermögen der Reichen ist weitgehend Produktivkapital, weshalb eine Vermögensverteilung nur heißen kann, dass möglichst vielen Menschen ideelles Miteigentum an diesem Kapital eingeräumt wird (S. 179). Miegel fragt nach der Ethik, wenn Manager Spitzengehälter erhalten, die genau so hoch sind, wie der Verdienst ihrer 20.000 Mitarbeiter (S. 182).

ÖSOZ : Gleichheit ist das beste Mittel, in der Bevölkerung Akzeptanz für eine Politik der wirtschaftlichen Schrumpfung zu erreichen. Gleichheit wäre auch erforderlich – sowohl in der Periode der Schrumpfung als auch im Steady-State auf niedrigerem Niveau – für die Fähigkeit einer Gesellschaft, erstens ein gewisses Minimum an Waren und Dienstleistungen für alle zu garantieren und zweitens eine Eskalation der sozialen Konflikte vorzubeugen.

Förderung sozial-ökologischer Innovationen

Gemeinsame Nutzung von Gütern, die nicht ständig von Individuen oder Familien oder anderen Gemeinschaften benötigt werden. Beispiele Car-Sharing, Tauschringe, Stadtgärten, gemeinschaftliche Wohnformen, etc.

SPWÖ : Vielzahl konkreter Projekte, deren Gemeinsames die Aussage ist: Die Welt ist keine Ware und die sich Produktionsbereiche wieder aneignen. Beispiele: Wohnungsbau-Genossenschaften, Lebens- und Produktionskommunen, urbane Landwirtschaft, gemeinschaftliche peer-to-peer Produktion, sorgende Netzwerke und Kooperationsformen z.B. bei der Stadtteilarbeit mit Kindern, zeitgestützte Alterssicherung wie das Zeitgutscheinsystem „fureai kippu“ in Japan und Netzwerke zur Erhaltung von Saatgut sowie energieautonome Regionen.

PWÖ : Car-sharing dient nur dann der Reduzierung von Ressourcen, wenn damit auch eine geringere Nutzung verbunden ist.

Reaktivierung nichtkommerzieller Versorgung: Eigenarbeit, handwerkliche Fähigkeiten, (urbane) Subsistenz, Community-Gärten, Tauschringe, Netzwerke der Nachbarschaftshilfe, Verschenkmärkte, gemeinschaftliche Nutzung von Geräten sowie regionale Kreisläufe auf Basis zinslos umlaufgesicherter Komplementärwährungen würden zu einer graduellen Deglobalisierung verhelfen.

GWÖ : Können in der Wertekunde des Bildungssystems verankert werden. Car sharing ist in den Fact sheets bei den Forderungen und Förderungen für Mitarbeiter aufgeführt.

VOWI : Staat und Banken haben als Vermittler vorsorgenden Wirtschaftens zu agieren, als Unterstützer entsprechender Unternehmungen, und kleiner, selbstorganisierter und selbstverwalteter Projekte, die Neues ausprobieren. Gute Beispiele seien Genossenschaften, Bürgerstiftungen, Tauschringe u.a.

DCR : *keine Aussage*

PMÄ : Gemeinsame Nutzung von Gütern und Wiederverwendung
Beispiele: Car-Sharing, Gemeinschaftliche Wohnformen, Bauteilebören, Tauschringe

GND : Effizienz- und Innovationsrevolution als Wachstumsmotor. Soziales (und Bildung) als weitere Schlüsselaspekte. (Faktor Fünf: von Weizsäcker u. a.); CO2 freie, sichere und bezahlbare Energie (Kemfert); integrierte Bilanzierung (Schöne).

FRTH : Regiogeld und Tauschringe

WOW: Das Sozialkapital muss gestärkt werden. Dazu gehört, öffentliche Räume zu schaffen und zu schützen, lokale Initiativen für Nachhaltigkeit zu fördern, Arbeit in der Nähe des Wohnorts zu schaffen, bessere Zugänge zu lebenslangen Lernen zu ermöglichen, örtliche Verwaltungen eine größere Planungshoheit zu geben sowie öffentlichen Rundfunk, Museen, Bibliotheken, Parks und Grünflächen zu sichern. Notwendig ist ein systematischer politischer Rahmen, um sozialen Zusammenhalt und belastbare Gemeinschaften zu schaffen.

EXIT : Die Wiederverwendung gebrauchter Güter ist ein Akzeptanzproblem. Von finanziell Bessergestellten werden Vorbildfunktionen erwartet (S. 174).
Mit der Förderung von Erneuerung und Reparatur sieht Miegel den Mitmenschen im Wandel vom Verbraucher zum Gebraucher (S. 189).

ÖSOZ : In verträglichen Schritten muss der Steady-State erreicht werden. Steady-State ist der Zustand, wo keinerlei nicht-erneuerbare Ressourcen verbraucht oder vernichtet werden

Regionalisierung von Wirtschaftsprozessen

Welche Wirtschaftsprozesse können und sollten regionalisiert werden.

SPWÖ : Energieerzeugung und Landwirtschaft sind die beiden Sektoren, bei denen eine Regionalisierung und Lokalisierung am greifbarsten erscheint. Ernährungssouveränität und Energiedemokratie sind daher Schlüsselprojekte einer solidarischen Postwachstumökonomie. Bei der Produktion vieler industrieller Güter, beispielsweise Laptops, ist eine Lokalisierung der Produktion kaum plausibel.

PWÖ : Viele Bedarfe ließen sich durch regionale Märkte, verkürzte Wertschöpfungsketten bis hin zu Konzepten wie Community Supported Agriculture (CSA) befriedigen.

GWÖ : Region ist *Berührungsgruppe* der Gemeinwohl-Matrix

VOWI : Generell ist auf Wirtschaftsprozesse zu verzichten, die negative ökosoziale Folgen haben. Deshalb sind CO₂-verursachende Logistik oder menschenrechtbeugende Arbeitsbedingungen ebenso abzustellen wie Unternehmungen oder Organisationsformen, die der schädlichen Logik der Geldvermehrung frönen. Dazu zählen in der Regel auch überregionale oder internationale Formen der Produktion. Aus dieser Ablehnung folgt, dass energieautonome Regionen, die ihre Energieproduktion auf erneuerbare Energiepotenziale stützen und auf den Anbau von Energiepflanzen in großen Monokulturen verzichten, anzustreben sind.

DCR : Die Transition towns stellen evtl. den Aufbau von dem dar, was einer Décroissance-Gesellschaft am nächsten kommt.

Eine ökologische Gesellschaft besteht aus einem Netz von Ökoregionen, deren einzelne wiederum aus vielen kleinen Kommunen besteht (keine nach außen abgeschlossene Mikrokosmen!), die sich die Gemeingüter (commons) zurückerobern. Der gemeinsame Lebensraum (Größe) einer Ökoregion ist bestimmt durch seine Fähigkeit, koordiniert und solidarisch für das Gemeinwohl zu sorgen.

Die Regionen müssen sich zunächst für eine Ernährungsautonomie einsetzen. Die Grundnahrungsmittel (Landwirtschaft, Gemüseanbau) sollten in der Region angebaut werden. Diese Selbständigkeit bedeutet jedoch keine vollständige Autarkie : es gibt Handel mit anderen Regionen, die sich auch für diesen Weg entschieden haben.

Die Regionen müssen sich ebenfalls einsetzen für eine lokale Energieautonomie. Innerhalb der Bioregionen werden lokale Währungen geschaffen. Um die Kaufkraft der Einwohner zu erhalten, soll der Geldfluss innerhalb der Region bleiben, wo auch die wirtschaftlichen Entscheidungen gefällt werden.

Relokalisierung bedeutet zusammenfassend weniger Transporte, transparente Produktionsketten, Anreize für eine nachhaltige Produktion und einen nachhaltigen Konsum, eine verringerte Abhängigkeit vom Kapitalfluss und von den TNUs, eine größere Sicherheit in jeder Bedeutung des Wortes.

PMÄ : Der biologische Landbau, der sich am Prinzip ökologischer und regionaler Kreisläufe orientiert, ist auf allen politischen Ebenen zu fördern. Preise für Gütertransporte müssen erhöht werden. Insbesondere die Verschärfung von Tierschutzbestimmungen für lebendig transportiertes Schlachtvieh. Förderung der Verwendung regionaler Baustoffe, der Verknüpfung innerregionaler Verkehre, der Entwicklung regionaler Einzelhandelskonzepte.

GND : Beispiel Strom: dezentrale Versorgung durch kleinere und mittlere Unternehmen (Demokratisierung der Energieversorgung). Keine Verzicht auf (begleitende) Groß- und nationale /

globale Prozesse (z. B. desertec und off-shore-Windparks). Förderung regionaler Prozesse / Produkte durch Umweltfolgen widerspiegelnde Preise (u. a. auch Ende der Subventionierung von Flügen). Appelle an Konsumenten, regionale Produkte zu kaufen.

FRTH : Regiogeld ergänzt den Euro um ein regionales Zahlungsmittel - meist in Form von Gutscheinen - und dient dem Gemeinwohl. Es bindet die Kaufkraft an die Regionen, fördert die regionalen Unternehmen und stimuliert regionale Wirtschaftskreisläufe. Es erweitert die unternehmerischen Handlungsmöglichkeiten um einen regionalen Markt und ist als Werkzeug zur Regionalentwicklung einsetzbar. Es hilft, regionale Produkte abzusetzen, neue Umsätze zu ermöglichen und Arbeitsplätze zu schaffen. Regionales Wirtschaften verkürzt die Transportwege und schont die Umwelt.

WOW: *keine direkte Aussage, aber siehe „Förderung sozial-ökologischer Innovationen“*

EXIT : *keine Aussage*

ÖSOZ : Die Wirtschaftsregionen werden klein, überschaubar und weitgehend selbstversorgend sein.

Reform des Geldwesens

Eindämmung der Macht der Banken und privaten Finanzinstitute. Regulierung der Kreditvergabe für gesellschaftliche erwünschte und andere Investitionen. Regulierung der Zinshöhe.

SPWÖ : Notwendig wäre eine Renaissance demokratisch kontrollierter öffentlicher Banken, die lokal, regional oder national operieren bzw. von Banken oder Sonderfonds, die spezialisiert auf einen bestimmten Sektor den sozial-ökologischen Umbau mitorganisieren. Die Neubegründung eines Systems föderaler öffentlicher Bankinstitute, die demokratischer Kontrolle unterliegen wäre ein hilfreicher Schritt.

PWÖ : regionale Kreisläufe auf Basis zinslos umlaufgesicherter Komplementärwährungen

GWÖ : Die „Demokratische Bank“ entspricht einem ganz anderem Finanzsystem, sie betreibt nur das Einlagen- und Kreditgeschäft nach sozialökologischen Kriterien. Geld und Kredit werden zu einem öffentlichen Gut. Es gibt keine Fonds und keine Aktiengesellschaften mehr. Die Menschen leben von Arbeitseinkommen und nicht von Kapitaleinkommen.

VOWI : Es bedarf einer radikal neuen Finanzarchitektur, die der Fürsorgerationalität folgt. Geld ist auf die Funktion als Diener sozialökologischer Wirtschaftsprozesse zu beschränken. Banken werden demnach Vermittler vorsorgenden Wirtschaftens wie die GLS-Bank, die Umweltbank, die Ethikbank oder die Bürgerschaftsbank für Sozialwirtschaft. Hedge-Fonds sind zu verbieten, Geschäfts- und Investmentbanken voneinander zu trennen, eine Finanztransaktionssteuer einzuführen. Genossenschaftsbanken, Regionalwährungen und Tauschringe sind Beispiele guter Praxis.

DCR : Das Geld wieder in Besitz nehmen: die Aktivitäten der Banken beschränken, den globalen Finanzmarkt aufteilen (*reclouonner*), die monetären Räume wieder aufteilen (*refragmenter*), die Verbriefung von Krediten verbieten, Hebelwirkungen verbieten, Termingeschäfte verbieten, Auslandsgeschäfte mit klassischen Versicherungen absichern, Entwicklung alternativer Geldsysteme (lokal, bio-regional; räumliche Größe: 10.000 - 1 Mio Menschen), rotierende Kredite auf Gegenseitigkeit, negativer Zins.

Übernahme der Forderungen von Attac: Finanztransaktionssteuer, Börsensteuer, Einheitssteuer auf die Gewinne der TNUs, Vermögenssteuer auf globaler Ebene, Beseitigung der Finanzparadise, Aufhebung des Bankgeheimnisses, Steuer auf Kohlenemissionen, Steuer auf hochstrahlende nukleare Abfälle

PMÄ : Beenden der Loslösung des Geldsystems von der Realwirtschaft
(zurück von G-G' zu G-W-G')
Vollgeldreform - Regionalisierung der Banken

GND : keine Angaben; im Ergebnis: keine Änderungen geplant.

FRTH : Fließendes Geld, d.h. Periodische Gebühren für Geld was nicht konsumiert wird oder nicht für Investitionskredite zur Verfügung steht (Bargeld und Girokonten). Zinsen sinken auf niedrigeres Niveau

WOW : Investitionen in Kapitalvermögen sind nach wie vor von besonderer Bedeutung. Und: Die Ökologie dieser Investitionen unterscheidet sich wesentlich von der Art wie Kapitalmärkte heute arbeiten, die viel Schuld an der aktuellen Finanzkrise tragen.

EXIT : Die Wohlhabenden müssen motiviert werden freiwillig mehr zu geben.

ÖSOZ : Das Finanzkapital (Banken und Versicherungen) dürfen nicht weiter in privater Verfügungsgewalt bleiben.

:

Aussagen zum Wachstumszwang

Existenz, Ursachen und Auswirkungen

SPWÖ : Kapitalistische Akkumulation, Profitstreben und Wettbewerb sind die zentralen Triebfedern des Wachstums .

Ein weiterer treibender Faktor und eine Voraussetzung für das kontinuierliche Wachstum liegt darin, dass die Produktion in kapitalistischen Gesellschaften nicht direkt auf die Befriedigung menschlicher Bedürfnisse abzielt, sondern auf die Vermehrung abstrakter Tauschwerte.

Ein weiterer zentraler Wachstumsmotor des gegenwärtigen Wirtschafts- und Finanzsystems sind die angehäuften Ansprüche auf in der Zukunft zu erwirtschaftenden Reichtums.

PWÖ : Wachstumsursachen:

Push-Faktoren:

Industrielle Arbeitsteilung – Fremdkapitalzinsen – Gewinnerwartungen – Innovationswettbewerb - Schrankenlose Geldschöpfung - der Geschäftsbanken

Pull-Faktoren:

Kultursoziologie: Steigerungslogik/Materialisierung moderner Freiheitsbegriffe

Politik: Soziale Wachstumslogik

Institutionalismus: Expansion als Legitimation

Psychologie: Verzichtsangstsyndrom

Bevölkerungswachstum

GWÖ : Aufgrund des systemimmanenten Wachstumszwangs – größer, mächtiger und schließlich 'Global Player' zu sein ist das Ziel – kommt es zur Herausbildung von Riesenkonzernen, die Marktmacht missbrauchen, Märkte abschotten, Innovationen blockieren, Konkurrenten fressen oder aus dem Markt schlagen.

VOWI : Ziel müsse es sein, die Rationalität heutiger schädlicher Ökonomie, nämlich die des möglichst hohen Profits in möglichst geringer Zeit, durch eine Fürsorgerationalität zu ersetzen. Jenseits des Vorschlags einer neuen Ethik für diese Neuorientierung (drei Handlungsprinzipien) antwortet VoWi aber nicht auf die Frage, wie psychologische oder monetäre Gründe des Wachstumszwangs oder -drangs abgeschafft werden können.

DCR : Der Kern des Wachstumswahns ist die zwanghafte Abhängigkeit des Finanzkapitals vom Wachstum (Wachstumssucht). Der Motor des unbegrenzten Wachstumsziels ist die Suche nach Profit von den Kapitalinhabern. "Man kann den Kapitalismus genauso wenig davon überzeugen, das Wachstum zu begrenzen, als man einen Menschen davon zu überzeugen könnte, das Atmen einzustellen." (Murray Bookchin)

PMÄ : In der Denkart derjenigen, die permanentes Wachstum für zwingend halten, ist kein Platz für die Frage, ob ein bestimmtes Niveau vielleicht ausreichend ist. Diese Frage soll nicht aufkommen.

GND : keine Abkehr vom Wachstum, vielmehr qualitatives Wachstum gewünscht und zwingend notwendig. Derartiges Wachstum von Umwelt- und sozialen Bereiche ist „nachhaltig“ bzw. kann es sein. „GND verbindet umweltfreundliches Wachstum mit besserer Gesundheit, mehr Bildung und qualifizierten Arbeitsplätzen. (...) Entscheidend ist die Entkopplung von wirtschaftlichem Wachstum und Naturverbrauch: die Wirtschaft darf nicht länger wachsen, indem sie die natürlichen Lebensgrundlagen zerstört“. „Nicht das Wachstum an sich ist problematisch, nur die Frage was wächst“. Nachholbedarf der Entwicklungs- und Schwellenländer wird gesehen und betont („Wohlfür alle – weltweit“ [Hölz]). „Ein Ende des ökonomischen Wachstums ist reine Fiktion“ (Fücks).

FRTH :Wachstumszwang erledigt sich durch die Abkehr vom „Zinsdiktat“

WOW : Wachstum ist die Arbeitsgrundlage des Kapitalismus. Es ist die notwendige Voraussetzung für eine kapitalistische Wirtschaft.

EXIT : Der Wachstumszwang ist zur „Religion“ verkommen (S. 56).
Wachstum ist nicht Wohlstand. Wohlstand, das wird, besser: das muss künftig etwas qualitativ anderes sein als vorrangig materielle Güter und kommerzielle Dienste (S. 166).

ÖSOZ : Im Kapitalismus können alle Unternehmen nur dann Profite machen, wenn die gesamte Wirtschaft wächst. Profitorientierung und Konkurrenzdruck gelten als normal und gut.

Neuausrichtung der Unternehmen

Regulierung oder Abschaffung von Aktiengesellschaften, Förderung von Kleinunternehmen, Genossenschaften und Unternehmen im Eigentum der Beschäftigten.

SPWÖ : Marktmechanismen, insbesondere auch steuerliche Ansätze sind nur bedingt geeignet, den notwendigen Umbau zu steuern. Besonders schädliche Produkte sind vom Markt zu nehmen und andere nicht über den Markt, sondern über andere Mechanismen zuzuteilen. Verbote, strikte Produkt- und Dienstleistungsstandards und Mengenzuschreibungen sind zu erlassen.

PWÖ : Veränderte Unternehmensformen könnten die Gewinndynamik dämpfen

GWÖ : Abschaffung der Aktiengesellschaften. Förderung von Genossenschaften im Eigentum der Beschäftigten. Regeln für die Begrenzung der Größe eines Unternehmens.

VOWI: Alle Ökonomiebeteiligte oder Marktteilnehmer sollen den drei Handlungsprinzipien des VoWi folgen, so auch die Unternehmen: 1. Vorsorge (statt Nachsorge), 2. Kooperation (statt Konkurrenz) und 3. Orientierung am für das gute Leben Notwendigen (statt an Profit und Wachstumsraten). Wie dies umzusetzen ist, wird nicht en detail ausgeführt.

DCR : *keine Aussage*

PMÄ : Sollen nachhaltig wirtschaften aber Gewinne machen (sehr schwammig)

GND : Sollen „nachhaltig und ressourcenschonend“ wirtschaften; integrierte Bilanzierung (v. a. CO²-Ausrichtung) propagiert. Stärkung des Lokalen, im Wesentlichen marktgetrieben.

FRTH : *Keine Aussage*

WOW : *keine direkte Aussage*, nur dass ökologische Investitionen für das private Kapital weniger attraktiv sein werden

EXIT : In vielen Klein- und Kleinstbetrieben sollten die Beschäftigten problemlos Gesellschaften bürgerlichen Rechtsbilden können, und in größeren Unternehmen sollte das Genossenschaftsprinzip verstärkt zum Tragen kommen. Mit der Vergesellschaftung von Produktivkapital wird es keine Wohlstandsverbesserung der Massen geben (S 179).

ÖSOZ : Private Unternehmen könnten zugelassen werden, wenn diese auf der Basis der eigenen Arbeit einer Person, ihres Ehepartners und ihrer erwachsenen Kinder betrieben werden. Alle anderen Unternehmen gehören in gesellschaftliche Hand, deren Produktion sich an der gesellschaftlichen Planung, die dezentral sein könnte, ausrichtet.

Verhältnis zu Privateigentum

Besteuerung und Begrenzung des Privateigentums und Vermögens.

SPWÖ : *keine direkte Aussage zum Privateigentum aber zur Begrenzung des Einkommens und zur Umverteilung.* Progressive Steuer auf alle Vermögen, auch auf Kapitalerträge und Grund- und Boden. Eine hohe Erbschaftssteuer.

PWÖ : *Die folgende Aussage lässt auf eine Begrenzung schließen:* „Durch eine Umverteilung der Erwerbsarbeit ließen sich Selbst- und Fremdversorgung so kombinieren, dass die Geld- und Wachstumsabhängigkeit sinkt. Eigenarbeit, (urbane) Subsistenz, Community-Gärten, Tauschringe, Netzwerke der Nachbarschaftshilfe, Verschenkmärkte, Einrichtungen zur Gemeinschaftsnutzung von Geräten/Werkzeugen etc. würden zu einer graduellen De-Globalisierung verhelfen.“

GWÖ: Begrenzung auf eine Höchstsumme, z.B. 10 Millionen Euro. Begrenzung des Erbrechts.

VOWI : Es gibt keine explizite Ablehnung des Privateigentums, wohl aber der Hinweis, dass die Wirtschaftsfaktoren dem Zweck des Guten Lebens aller Beteiligten zu dienen haben. Außerdem sei Umverteilung geboten, um Gleichheit und Lebensglück aller zu erzielen. Es ist daher schlüssig zu folgern, dass Privateigentum einzuschränken sei, ebenso wie VoWi die Unternehmensform der Genossenschaften (mit kooperativem Eigentum) favorisiert

DCR : *siehe Verhältnis zum Kapitalismus*

PMÄ : Bei den Einkommen Bodenlosigkeit nach unten und Maßlosigkeit nach oben verhindern. Hohe Spitzensteuersätze für hohe Einkommen sind ein Fairnessgebot. Aber nicht nur das: Sie senden auch das klare Signal, dass die Gesellschaft jenseits eines bestimmten Einkommens Grenzen zieht. Grenzen des Wachstums. Keine *Aussage zum Vermögen.*

GND : keine Angaben; im Ergebnis: keine Änderungen geplant.

FRTH : Die natürlichen Ressourcen – Boden, Wasser, Luft, Bodenschätze, ... dürfen kein Privateigentum sein. Boden wird vom Staat verpachtet.

WOW: Langfristige, weniger produktive Investitionen werden für die Nachhaltigkeit unabdingbar sein. Deshalb wird der Staat dieses Vermögen bewahren müssen.

EXIT : *keine Aussage*

ÖSOZ : Eigentum was kein Produktionsmittel ist, kann in geringem Umfang möglich sein. Das gilt nicht für Landbesitz, es muss durch eigene Leistung erworben sein und muss nach dem Tod des Eigentümers an die Gesellschaft oder den Staat übergeben werden.

Verhältnis zum Kapitalismus

Sind die vorgeschlagenen alternativen Maßnahmen in einem kapitalistisch, marktwirtschaftlichen System, wie es heute in der Welt oder zumindest in den Industriegesellschaften vorherrscht, zu verwirklichen?

SPWÖ : Wenn die kapitalistischen Verwertungsprozesse weiterhin ein den Planeten zerstörendes Wachstum vorantreiben, gilt es die konkreten Keimzellen einer solidarischen Wirtschaftsweise und einer Strategie, die auf eine übergeordnete wirtschaftliche Transformation abzielt zu verbinden.

PWÖ : Unternehmen und Märkte müssten darauf vorbereitet sein, Geschäftsfelder zu entwickeln, die – zumindest bezogen auf das quantitative Ausmaß an materiellem Wohlstand – zur Kunst der Reduktion im Konsumverhalten verhelfen.

Paech verlangt die Abschaffung der Innovationsorientierung moderner Marktwirtschaften, des gegenwärtigen Geld- und Zinssystem, hoher Gewinnerwartungen, des auf globaler Arbeitsteilung beruhende Modell der Fremdversorgung, einer Kultur der bedingungslosen Steigerung materieller Selbstverwirklichungsansprüche.

GWÖ : Angestrebt ist eine andere Art von Marktwirtschaft, die durch das Gemeinwohlstreben und Kooperation gesteuert wird. Die Unternehmen einer Branche werden dazu angehalten, gemeinsam Angebot und Nachfrage aufeinander abzustimmen und auf Schwankungen auf beiden Seiten zu reagieren. Eine echte Planwirtschaft, die ohne Geld und Produktpreise auskommt, weil sie streng dem Prinzip der Bedürfnisorientierung folgt, könnte ebenfalls dezentral, partizipativ und demokratisch organisiert werden, umso leichter im Internetzeitalter. Sie ist aber historisch belastet mit zentraler Planwirtschaft und Diktatur.

VOWI : Es soll weiterhin Märkte und Geld (Kapital) geben, doch mit einer gravierend anderen Ethik. Die drei folgenden Handlungsprinzipien des VoWi sollen dafür sorgen, dass das Geldvermehrten seinen Selbstzweck-Charakter verliert und die Ökonomie in ihre ökosozialen "lebendigen Grundlagen" wiedereingebettet wird: 1. Vorsorge (statt Nachsorge), 2. Kooperation (statt Konkurrenz) und 3. Orientierung am für das gute Leben Notwendigen (statt an Profit und Wachstumsraten). Die Frage, ob eine Ökonomie, deren Märkte und Geld "Mittel für Lebenszwecke sind", noch Kapitalismus genannt werden kann, wird nicht explizit beantwortet, aber vielleicht auch überflüssig.

DCR : Die Wachstumsgesellschaft in Frage zu stellen bedeutet auch, den Kapitalismus in Frage zu stellen. Da Wachstum und bzw. Entwicklung Wachstum der Kapitalakkumulation und Entwicklung des Kapitalismus bedeuten, kann *Décroissance* nur eine *Décroissance* der Akkumulation, des Kapitals, der Ausbeutung, der Räuberei sein. Die Akkumulation darf nicht nur verlangsamt werden, das Konzept der Akkumulation muss in Frage gestellt werden, um den zerstörerischen Prozess umzukehren. Die *Décroissance* ist zwangsläufig gegen den Kapitalismus, nicht so sehr wegen dessen Widersprüche und ökologischen und sozialen Grenzen, sondern weil sie den Geist des Kapitalismus (Max Weber) in Frage stellt. Die Konzeption der *Décroissance*-Gesellschaft bedeutet weder ein (unmögliches) Zurück noch ein Arrangement mit dem Kapitalismus; sie bedeutet eine "Überwindung" (*dépassement*) der Moderne. Ausstieg aus Entwicklung, Ökonomie und Wachstum bedeutet nicht, auf die ganzen gesellschaftlichen Institutionen zu verzichten, die die Ökonomie sich angeeignet hat (Markt, Geld, Handels-, Finanz-, industrieller Gewinn), sondern sie in eine andere Logik einzupassen. Die *Décroissance* kann als ein Öko-Sozialismus betrachtet werden. Ausstieg aus dem Kapitalismus ist eine bequeme Formel für einen historischen Prozess: Beseitigung der Kapitalisten, Verbot des Privateigentums an Produktionsmitteln, Abschaffung des Lohnverhältnisses oder des Geldes - der die Gesellschaft ins Chaos stürzen würde, der nur durch einen massiven Terrorismus möglich wäre und der dennoch nicht die kapitalistische Vorstellungswelt

beseitigen würde, im Gegenteil.

PMÄ : *Keine konkrete Aussage*

GND : Kapitalismus wird nicht in Frage gestellt. Soziale Marktwirtschaft gewollt („*naturerhaltender Wettbewerb*“, Weizsäcker); Markt allein aber schädlich und nicht (rechtzeitig) korrekturfähig (u. a. UNEP). Energiewende und Effizienzrevolution (à la Ernst von Weizsäcker oder Green New Deal der Grünen) als erste Schritte, jedoch nicht ausreichend – künftiges Wirtschaftssystem noch unbekannt (Ott, Hermann, GND-Vertreter?).

FRTH : Marktwirtschaft wird nicht in Frage gestellt: Fairconomy ist Marktwirtschaft ohne kapitalistische Verzerrungen

WOW: Wachstum ist Arbeitsgrundlage des K. Es ist die notwendige Voraussetzung für eine kapitalistische Wirtschaft. Aber Investitionen in Kapitalvermögen sind nach wie vor von besonderer Bedeutung. > Kapitalismus ja. Aber nicht so wie wir ihn kennen.

EXIT : Miegel sieht keinen Systemkonflikt zwischen Kapitalismus und Sozialismus, sondern konstatiert den Wunsch der Menschen nach materieller Überlegenheit, die er im kapitalistischen System eher erfüllt sieht (S. 59). Er erkennt in der Vergesellschaftung von Produktivkapital keine Wohlstandsverbesserung der Massen (S 179).

ÖSOZ : Radikaler Ökosozialismus. Es wird weder eine Marktwirtschaft, die nur ein Euphemismus für Kapitalismus ist, noch eine Industriegesellschaft sein.